



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	VO/14/855
	Status:	öffentlich
	Datum:	28.05.2014
Federführend:	Bericht im Ausschuss:	Roland Krügel
Büro des Bürgermeisters	Bericht im Rat:	Verena Fischer-Neumann
	Bearbeiter:	Inga Ries
Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Übertragung der Aufgabe der Abwasserbeseitigung auf den Abwasserzweckverband Pinneberg		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	
16.06.2014	Hauptausschuss	
01.07.2014	Ratsversammlung	

A: Sachbericht

B: Stellungnahme der Verwaltung

C: Prüfungen: 1. **Umweltverträglichkeit**
2. **Kinder- und Jugendbeteiligung**

D: Finanzielle Auswirkungen

E: Beschlussempfehlung

Zu A und B: Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

Die Pflicht zur Abwasserentsorgung obliegt nach § 31 Landeswassergesetz den Gemeinden. Zu dieser gesetzlichen Aufgabe gehört einerseits die Zusammenführung und Ableitung der Abwässer durch die Kanalisation und andererseits die Reinigung des Abwassers. Die Aufgabe der Reinigung des Abwassers hat die Stadt Tornesch auf den Abwasserzweckverband – AZV- übertragen. Die Zusammenführung und die Ableitung des Abwassers obliegt dem Eigenbetrieb „Abwasserbetrieb Tornesch“.

Die Verbandsversammlung des AZV hatte im Jahr 2006 beschlossen, die Aufgaben des Zweckverbandes so zu erweitern, dass Mitgliedsgemeinden ihre gesetzliche Aufgabe zur Abwasserentsorgung **vollständig** auf den AZV übertragen können. Zu dieser Satzungsänderung ist es gekommen, weil insbesondere kleinere Gemeinden das Fachwissen des Zweckverbandes nutzen wollten. Die Satzungsänderung wurde seinerzeit vom Innenministerium genehmigt und zwischenzeitlich machen einige Kommunen von dem Angebot Gebrauch.

Nunmehr hat die Kommunalaufsicht des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein mit Blick auf das Urteil des Landesverfassungsgerichtes zur Amtsordnung aus dem Jahr 2010 rechtliche Bedenken geäußert, die daraus resultieren, dass der damaligen Aufgabenerweiterung des AZV keine öffentlich-rechtliche Vereinbarung **aller** Verbandsmitglieder zugrunde lag. Nur die Gemeinden, die von dem Angebot Gebrauch gemacht haben, haben einen zusätzlichen öffentlich-rechtlichen Vertrag geschlossen.

Die Kommunalaufsicht schlägt daher vor, eine entsprechende Vereinbarung nachzuholen und rückwirkend abzuschließen. Der mit der Kommunalaufsicht abgestimmte Entwurf des öffentlich-rechtlichen Vertrages ist beigefügt. Der jetzt abzuschließende Vertrag bezieht sich ausschließlich auf die Aufgabenerweiterung zur vollständigen Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht. Es steht im Ermessen jeder Mitgliedskommune, ob sie von dem Angebot Gebrauch machen möchte. Für die Stadt Tornesch steht dies nicht zur Disposition.

Zu C: Prüfungen

1. Umweltverträglichkeit

entfällt

2. Kinder- und Jugendbeteiligung

entfällt

Zu D: Finanzielle Auswirkungen / Darstellung der Folgekosten

Keine Änderungen.

Zu E: Beschlussempfehlung

Die Ratsversammlung beschließt den öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Übertragung der vollständigen Aufgabe der Abwasserbeseitigung der Verbandsmitglieder auf den Abwasser-Zweckverband Pinneberg und ermächtigt den Bürgermeister, den Vertrag auszufertigen.

gez.
Roland Krügel
Bürgermeister

Anlage:

- Entwurf des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem AZV

Entwurf

Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Übertragung der vollständigen Aufgabe der Abwasserbeseitigung der Verbandsmitglieder auf den Abwasser-Zweckverband Pinneberg.

Präambel

Der 1965 durch das Innenministerium Schleswig-Holstein errichtete Pflichtverband „Hauptsammler West“, später „Abwasser-Zweckverband Pinneberg“ hatte die Aufgabe, sämtliche im Verbandsgebiet anfallende Abwässer zu sammeln, in einem Zentralklärwerk biologisch zu klären und sodann in die Elbe abzuleiten. Die Abwässer wurden durch die Verbandsmitglieder über die zentrale Ortsentwässerung gesammelt und an den Zweckverband übergeben.

Im Jahre 2006 beschloss die Verbandsversammlung des Abwasser-Zweckverbandes Pinneberg, die vollständige Aufgabe der Abwasserbeseitigung als weitere Aufgabe in die Verbandssatzung aufzunehmen und erließ die dafür erforderliche Satzung zur Änderung der Verbandssatzung. Ein separater öffentlich-rechtlicher Vertrag der Verbandsmitglieder zur möglichen Übertragung dieser weiteren über die ursprüngliche Aufgabe hinausgehende Aufgabe wurde nicht vereinbart.

Da Zweckverbände kein eigenes Aufgabenfindungsrecht haben und nur durch ihre Träger legitimiert werden können, öffentlich-rechtliche Aufgaben für ihre Mitglieder als eigene Aufgaben wahrzunehmen, wird folgender öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen den nachstehend aufgeführten Städten, Gemeinden, Ämtern und einem Zweckverband geschlossen:

Aufgrund der §§ 1 und 5 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GkZ) in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl.-SH., S. 122), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.03.2012 (GVOBl.-SH. S. 371, 382) in Verbindung mit §§ 121 ff Landesverwaltungsgesetz (LVwG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.06.1992 (GVOBl.-SH, S. 243, 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2010 (GVOBl.-SH, S. 789), vereinbaren die

Gemeinde Alveslohe mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Appen mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

Stadt Barmstedt mit Beschluss der Stadtvertretung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Bilsen mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Bönningstedt mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Ellerau mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Ellerbek mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

Stadt Elmshorn mit Beschluss der Stadtvertretung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Halstenbek mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Hasloh mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Heidgraben mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Heist mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Henstedt-Ulzburg mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Hetlingen mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Holm mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Horst/Holstein mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Stadt Kaltenkirchen mit Beschluss der Stadtvertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Klein-Nordende mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Moorrege mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Stadt Norderstedt mit Beschluss der Stadtvertretung vom xx.xx.xxxx,
Stadt Pinneberg mit Beschluss der Stadtvertretung vom xx.xx.xxxx,
Amt Pinnau für die amtsangehörigen Gemeinden Borstel-Hohenraden, Kummerfeld, Prisdorf
und Tangstedt mit Beschluss des Amtsausschusses vom xx.xx.xxxx,
Stadt Quickborn mit Beschluss der Stadtvertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Rellingen mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Stadt Schenefeld mit Beschluss der Stadtvertretung vom xx.xx.xxxx,
Amt Haseldorf mit Beschluss des Amtsausschusses vom xx.xx.xxxx,
Stadt Tornesch mit Beschluss der Stdtvertretung vom xx.xx.xxxx,
Stadt Uetersen mit Beschluss der Stadtvertretung vom xx.xx.xxxx,
Stadt Wedel mit Beschluss der Stadtvertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Hemdingen mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,x
Gemeinde Ellerhoop mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Groß Nordende mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Neuendeich mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Seeth-Ekholt mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Seestermühe mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Gemeinde Kiebitzreihe mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,
Abwasserverband Raa mit Beschluss der Verbandsversammlung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Bevern mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Lentförden mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Bokholt-Hanredder mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

Gemeinde Helgoland mit Beschluss der Gemeindevertretung vom xx.xx.xxxx,

folgenden öffentlich-rechtlichen Vertrag:

§ 1 Aufgabe

(1) Die zuvor genannten Städte, Gemeinden, Ämter und der Zweckverband gestatten es dem Abwasser-Zweckverband Pinneberg, die vollständige Aufgabe der Abwasserbeseitigung für seine Verbandsmitglieder wahrzunehmen und als Aufgabe in seiner Verbandssatzung auszuweisen.

(2) Die Übertragung der Aufgabe der vollständigen Abwasserbeseitigung eines Verbandsmitgliedes auf den AZV Pinneberg setzt jeweils einen eigenen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Verbandsmitglied und dem Abwasser-Zweckverband Pinneberg voraus.

§ 2 Laufzeit, Kündigung, Änderung

(1) Dieser Vertrag tritt für die Gemeinde Lentförden rückwirkend zum 01.01.2008, für die Gemeinde Bokholt-Hanredder rückwirkend zum 01.01.2012, für die Gemeinde Helgoland rückwirkend zum 01.01.2014 und für die übrigen Gemeinden rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft und wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Jedes Verbandsmitglied kann den Vertrag unter der Voraussetzung des § 127 LVwG mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende des Kalenderjahres kündigen. Des Weiteren besteht bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen ein Anspruch auf Anpassung des Vertrages. Näheres regelt die Satzung.

(3) Kündigungen, Änderungen dieses Vertrages und Nebenabreden bedürfen der Schriftform.

§ 3 Schlussvorschriften

(1) Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes nicht berührt. Die weggefallene Bestimmung ist durch eine Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der weggefallenen Bestimmung möglichst nahe kommt (Salvatorische Klausel).

(2) Jedes Verbandsmitglied und das Innenministerium als Aufsichtsbehörde erhalten eine Kopie des Vertrages, das Original verbleibt bei der Verwaltung des Zweckverbandes.

Ort, Datum

Unterschriften